

„Mehr Wertschätzung für Menschen“

Position der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen zur Lebensmittelvernichtung und deren Vermeidung durch Lebensmittelausgaben/Tafeln u. ä. sowie den Auf- und Ausbau von Sekundärmärkten

Ausgangslage

Bedingt durch verschiedene Lebensmittelskandale (Gammelfleisch, Antibiotika in Hühnerfleisch, EHEC usw.) und der aufkeimenden Benzinproduktion aus Pflanzen, rückte die Lebensmittelproduktion und die Wertschätzung für Lebensmittel in den vergangenen Jahren vermehrt in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion.

Fragen nach dem Wieso und Warum einer so massiven Lebensmittelüberproduktion, den geringen Preisen für Produkte, dem Vorhandensein von vollen Regalen bis zum Ladenschluss und der tonnenweisen Vernichtung von noch essbaren Lebensmitteln kamen auf, wurden zwar engagiert, aber bisher weitgehend ergebnislos diskutiert.

Die Abgabe von Lebensmitteln, von Mahlzeiten oder Kleidung an Menschen in Notlagen (Sozialhilfebeziehende, Wohnungslose, Drogenabhängige etc.) werden von den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen ihrer konzeptionellen Ausrichtungen (niedrigschwellige Hilfeangebote) angeboten. Verschärft hat sich die Situation jedoch durch die 2005 eingeführte neue Sozialgesetzgebung (SGB II und XII) und die damit einhergehende Pauschalierung der Regelsätze zum Lebensunterhalt.

Seit diesem Zeitpunkt ist vermehrt zu beobachten, wie die Anzahl von Tafeln und anderen Lebensmittel- und Essensausgabestellen massiv zunimmt und sich in städtischen und ländlichen Regionen NRWs ausbreitet.

Vermeintlich ein guter Deal

zwischen Lebensmittelhändlern, den Lebensmittelausgaben und den Menschen mit geringem Einkommen:

- Lebensmittel, die durch Überproduktion und die Ansprüche der Verbraucher „jederzeit frische und ausgesuchte Ware bis zum Ladenschluss kaufen zu können“ übrig bleiben und/oder kurz vor Erreichung des Mindesthaltbarkeitsdatum stehen, müssen nicht vernichtet werden, weil es Menschen gibt, die auf diese Lebensmittel aus Kostengründen angewiesen sind.
- Lebensmittelhändler brauchen für große Teile der Entsorgung von überproduzierten Lebensmitteln nicht aufkommen, weil es ein mittlerweile etabliertes Weiterversorgungssystem gibt, das Menschen mit geringem Einkommen speist.

- Menschen in akuten Notlagen kann durch ehrenamtliche Tätigkeiten in Tafeln und Lebensmittelausgaben unmittelbar geholfen werden.
- Die öffentliche Hand erfährt Entlastung und kann sich aus der Verantwortung zurückziehen, für bedarfsgerechte und auskömmliche Regelsätze zu sorgen, weil es eine Überproduktion an Lebensmitteln gibt, die an Menschen, die kein Geld haben, um Lebensmittel zu erwerben, ausgegeben werden können.

Diese vermeintlich „gute“ Idee hat inzwischen zu einer Professionalisierung der Lebensmittelabfallvermeidung durch die Abgabe an Menschen mit geringem Einkommen geführt. Im Mittelpunkt all dieser Bemühungen steht bisweilen weniger der Mensch, sondern die Vermeidung der Vernichtung von Lebensmitteln, die noch verwertbar sind. Es hat sich ein System zwischen Lebensmittelkonzernen, einzelnen Lebensmittelhändlern, professionell arbeitenden ehrenamtlichen Lebensmittelausgaben, armen Menschen und der Sozialgesetzgebung entwickelt mit vielfältigen Interessenslagen und Win-Win-Anreizen.

Bewertungen

1. Die Überproduktion von Lebensmitteln hat vielfältige Gründe. Diese kann nicht durch die Abgabe, der hierdurch bedingten überflüssigen Lebensmittel an Lebensmittelausgaben (Sekundärmärkten) gerechtfertigt werden. Der Abbau der Überproduktion muss forciert werden.
2. Die Lebensmittelindustrie zieht aus der Unterstützung der Tafeln einen doppelten Gewinn: einen moralischen (Wohltätigkeit) und einen finanziellen (Einsparung von Entsorgungskosten, Steuerersparnis durch Spendenquittungen).
3. Das Zusammenspiel von Politik und Tafeln/Lebensmittelausgaben durch die Übernahme von Schirmherrschaften und anderem verstärkt die Annahme, dass Leistungsempfänger auf die Mildtätigkeit der Zivilgesellschaft verwiesen werden können.
4. Der Auf- und Ausbau von Lebensmittelausgaben trägt nicht dazu bei, die Ursachen des Lebensmittelüberschusses anzugehen. Er ist eher kontraproduktiv, da hierdurch der Druck zur Veränderung vermindert wird.
5. Der Auf- und Ausbau von Lebensmittelausgaben trägt dazu bei, Menschen mit geringem Einkommen als vermeintlich dankbare Entsorger zu nutzen.
6. Der Auf- und Ausbau von Lebensmittelausgaben darf nicht dazu beitragen, gesetzlich zustehende Leistungen unauskömmlich zu belassen. Einen Verweis von Jobcentern und anderen kommunalen Stellen auf die Tafeln für Menschen in Not darf es nicht geben. Einer Verschiebung von Verantwortungen muss auch in der Tafelarbeit begegnet werden.
7. Menschen, die ein Anrecht auf Sozialleistungen haben, haben auch ein Anrecht auf finanzielle Mittel für den selbständigen Einkauf von Lebensmitteln.

8. Die Bundesregierung hat für eine bedarfsgerechte Berechnung der Regelsätze zum Lebensunterhalt und damit zur Umsetzung des Grundgesetzes zu sorgen. Der Gesetzgeber darf individuelle Rechtsansprüche von Menschen nicht mit dem Verweis auf Tafeln und andere Lebensmittelausgaben abbauen.
9. Lebensmittelausgaben sind keine Instrumente der regulären Existenzsicherung. Sie dürfen nicht dauerhaft etabliert werden.

Zusammenfassung:

1. Die Freie Wohlfahrtspflege ist der Auffassung, dass die Lebensmittelvernichtung zu stoppen ist.
2. Die Freie Wohlfahrtspflege wehrt sich gegen die praktische und argumentative Ausnutzung der Menschen mit geringem Einkommen zur Rechtfertigung der massiven Überproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln.
3. Die Freie Wohlfahrtspflege fordert dazu auf, die Regelsätze bedarfsgerecht zu berechnen und den Menschen die Möglichkeit des selbstbestimmten Einkaufs wieder zuzugestehen.
4. Die Freie Wohlfahrtspflege verpflichtet sich, aktiv mit dafür Sorge zu tragen, dass weniger Lebensmittel vernichtet werden.

Wuppertal, den 12.03.2013